

A Poor People's Movement? Erwerbslosenproteste in Berlin und New York in den frühen 1930er-Jahren

Philipp Reick

Die Krise der vergangenen Jahre hat einmal mehr Proteste in den Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit gerückt, die sich durch ihre direkten Aktionsformen und die unmittelbare Durchsetzung konkreter Forderungen auszeichnen. Ob nachbarschaftlicher Widerstand gegen Zwangsversteigerungen in Barcelona, ob Blockierungen öffentlicher Räume durch arbeitslose Jugendliche in Athen oder die Inbesitznahme leerstehender Gebäude durch Einwohner Detroits, die sozialen Bewegungen der vergangenen Jahre sind gekennzeichnet von einem wahren Revival kleinteiliger Basisorganisation und Aktionen zivilen Ungehorsams.¹ Vor dem Hintergrund dieses neuen transatlantischen Protestzyklus erörterte die Soziologin Frances Fox Piven im Sommer 2009, welche Herausforderungen sich aus der gegenwärtigen Krise des Postfordismus für die sozialen Bewegungen der Prekarierten ergäben. Piven baute dabei auf der Idee der „Poor People's Movements“ (PPM) auf, die sie vor mehr als drei Jahrzehnten gemeinsam mit Richard Cloward in einer Monographie entwickelt hatte.² Am Beispiel unterschiedlicher Bewegungen der jüngeren US-Geschichte argumentierten Piven und Cloward darin, dass PPM bei der Verteidigung ihrer Interessen immer dann erfolgreich waren, wenn sie direkt und unmittelbar Widerstand leisteten, während sie demgegenüber im-

1 Für die Aktivitäten der spanischen Bürgerinitiative gegen Zwangsversteigerungen, siehe etwa Jordi Mir García u. a.: *Fundamentos de la Plataforma de Afectados por la Hipoteca. Activismo, asesoramiento colectivo y desobediencia civil no violenta*, in: *Educación social: Revista de intervención socioeducativa*, H. 55 (2013), S.52–61. Für eine Einschätzung der griechischen Version der Indignados, siehe Nikos Sotirakopoulos/George Sotiropoulos: 'Direct Democracy Now!' The Greek Indignados and the present cycle of struggles, in: *Current Sociology*, Jg. 61, H. 4 (2013), S.443–56. Für Aktivitäten der US-Amerikanischen Right to the City Alliance, siehe z.B. Robert Fisher u.a.: 'We Are Radical'. The Right to the City Alliance and the future of community organizing, in: *Journal of Sociology & Social Welfare* Jg. 40, H. 1 (2013), S.157-182.

2 Siehe das Panel „Bestrafen der Armen – (Neu)Formierung des neoliberalen Staates?“, Podiumsdiskussion auf der Konferenz „Class in Crisis. Das Prekariat zwischen Krise und Bewegung“ am 19.06.2009 in Berlin, veranstaltet von der Rosa Luxemburg Stiftung, URL: <http://www.rosalux.de/class-in-crisis/class-in-crisis-freitag/bestrafen-der-armen.html>, zuletzt eingesehen am 15.09.2014.

mer dann scheiterten, wenn sie Repräsentationen und Organisationen zur Wahrung ihrer Anliegen aufbauten. Die beiden Autoren gehen zunächst von einer politisch-ökonomischen Krisensituation aus, die einen massenhaften Protest der Unterschichten auslöste. Nun seien zwei parallele Entwicklungen zu beobachten. Auf der einen Seite entlade sich dieser Protest in direkten Aktionen der Unterprivilegierten und zwingt unter Umständen die politischen Eliten kurzfristig zu Zugeständnissen. Auf der anderen Seite begannen Organisatoren und Führer der Bewegung den Protest zu vereinheitlichen, einzufangen und in institutionelle Bahnen zu lenken. Damit entzögen sie jedoch dem spontanen Protest langfristig die Grundlage, da fortan eher der Aufbau der Organisation selbst als die Durchsetzung der Interessen der Armen in den Vordergrund trete. Sobald der massenhafte Protest erlahmte, verlöre sich der oppositionelle Charakter der Organisation.³ Pivens und Clowards Ansatz wurde seit Veröffentlichung zwar mitunter kritisch betrachtet, regte jedoch eine Vielzahl von Untersuchungen an, die sich theoretisch wie historisch-empirisch mit der Bedeutung von PPM besonders vor dem US-amerikanischen Hintergrund beschäftigten.⁴ Die europäische Sozial- und Arbeiterinnengeschichte dagegen, und hier insbesondere die deutsche, blieb davon jedoch merklich unberührt. Zu sehr, so scheint es, sträuben sich die Erfahrungen dicht organisierter Massenbewegungen im späten 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegen den von Piven und Cloward angebotenen Analyserahmen. Schließlich spielten Nachbarschaftsgruppen, lokale Initiativen

3 Frances Fox Piven/Richard A. Cloward: *Aufstand der Armen*, Frankfurt am Main 1986, S.22.

4 Siehe etwa die Beiträge in der Sondernummer zu PPM in der Zeitschrift „*Perspective on Politics*“ der American Political Science Association, Fred Block: *Organizing versus Mobilizing. Poor People's Movements after 25 Years*, in: *Perspectives on Politics* Jg. 1, H. 04 (2003), S.733–35; Joel Lefkowitz: *The success of Poor People's Movements. Empirical tests and the more elaborate model*, in: ebenda, S.721–26; Frances Fox Piven: *Retrospective comments*, in: ebenda, S.707–10; Sidney Tarrow: *Crossing the ocean and back again with Piven and Cloward*, in: ebenda, S.711–14. Siehe auch Melvin F. Hall: *Poor people's social movement organizations. The goal is to win*, Westport, Conn. 1995. Für einen nicht-amerikanischen Beitrag, siehe Asef Bayat: *Street politics. Poor People's Movements in Iran*, New York 1997. Für kritische Stimmen zu Pivens und Clowards Ansatz siehe Eric J. Hobsbawm: *Should the poor organize?*, in: *The New York Review of Books*, Jg. 25, H. 4 (1978), S.44–49; Sanford F. Schram: *The praxis of Poor People's Movements. Strategy and theory in dissensus politics*, in: *Perspective on Politics*, Jg. 1, Heft 4 (2003), S.715–20; Steve Valocchi: *The unemployed workers movement of the 1930s. A reexamination of the Piven and Cloward thesis*, in: *Social Problems*, Jg. 37, H. 2 (1990), S.191–205.

und lockere Zusammenschlüsse prekarisierter Menschen gegenüber der Organisierung in Gewerkschaft und Partei in der deutschen Geschichte eine marginale Rolle. Diese Sicht soll im Folgenden relativiert werden. In den frühen 1930er-Jahren erlebten deutsche Großstädte ein rasches Anwachsen von Erwerbslosenprotesten, die eigene Aktionsformen prägten und mitunter parteiferne kulturelle Milieus ausbildeten. Zwar mühten sich insbesondere die KPD-nahen Organisationen um eine Einbindung lokaler Erwerbslosengruppen, allerdings, wie diese selbst eingestehen mussten, häufig ohne Erfolg.⁵ Der hier vorgenommene Vergleich von Berlin und New York City soll zeigen, dass Erwerbslose trotz aller Unterschiede in beiden Städten durchaus ähnliche Erfahrungen hinsichtlich Selbstorganisation und politischem (Miss-)Erfolg machten. Dabei beschränken sich die folgenden Seiten auf lediglich einen Aspekt des PPM-Ansatzes, nämlich die Frage, unter welchen Bedingungen autonomer, direkter Protest armer, marginalisierter Menschen in einem lokal begrenzten Rahmen erfolgversprechend war. Welche Rolle die Institutionalisierung des Protests dabei spielte und ob dies tatsächlich, wie Piven und Cloward schlussfolgern, in „der Widerspenstigen Zähmung“ mündete, soll hier nicht untersucht werden. Bevor wir uns den Erfahrungen der Erwerbslosen widmen, sei hier noch kurz angemerkt, dass Arbeits- und Erwerbslosigkeit in diesem Beitrag synonym verwendet werden, auch wenn ersteres streng genommen bedeutet, ohne Beschäftigung zu sein, während letzteres impliziert, kein Auskommen zu haben. Tatsächlich aber hat freilich weder der Arbeitslose nichts zu tun noch der Erwerbslose per se kein wie auch immer geartetes Einkommen. Die synonyme Verwendung beruft sich hier auf die ausführlichere Definition von Thorsten Unger, der beide Begriffe als Beschreibung für Personen heranzieht, „die ein vertraglich geregeltes Arbeits- oder Angestelltenverhältnis als abhängige Beschäftigte suchen, in den meisten Fällen aus einem solchen entlassen worden sind und zur Zeit kein Einkommen [...aus...] einer Arbeitstätigkeit haben.“⁶

5 So stellte 1931 z. B. die gewerkschaftliche kommunistische Jugendbewegung Berlin-Brandenburgs selbstkritisch fest, dass „sich die von uns nicht systematisch geleistete Jugenderwerbslosenarbeit als starker Mangel bemerkbar“ mache, was wiederum in der großen Zahl unorganisierter Erwerbslosengruppen zum Ausdruck kam. O. A., Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (im Folgenden GStPK), I. HA Rep. 219 Preußisches Landeskriminalpolizeiamt, Nr 37 („Jugendarbeit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO)“).

6 Thorsten Unger: Diskontinuitäten im Erwerbsleben. Vergleichende Untersuchungen zu Arbeit und Erwerbslosigkeit in der Literatur der Weimarer Republik, Tübingen 2004, S.17.

Berlin und New York City in den frühen Jahren der Weltwirtschaftskrise

Berlin und New York stellten nach den Eingemeindungen von 1920 (Groß-Berlin) bzw. 1898 (Greater New York) nicht nur zusammen mit London die drei größten Metropolen, sondern auch zwei herausragende industrielle Zentren der westlichen Welt.⁷ Dementsprechend hart traf sie 1929 der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise. Hatte sich bereits in den Jahren zuvor eine Sockelarbeitslosigkeit gefestigt, so schnellten die Erwerbslosenzahlen nun explosionsartig in die Höhe. Seit Beginn der Krise stieg die Arbeitslosenzahl Berlins scheinbar unaufhaltsam, bis sie im Frühjahr 1933 mit stadtweit 464.126 arbeitslosen Männern und 210.970 arbeitslosen Frauen, also insgesamt um die 675.000 Erwerbslosen, ihren dramatischen Höhepunkt erreicht hatte.⁸ Das Statistische Reichsamt zählte für das Jahr 1932 im Jahresdurchschnitt sogar knapp 600.000 Arbeitslose zusätzlich gut 230.000 anerkannter Wohlfahrtserwerbsloser in Berlin.⁹ Laut Bericht des New Yorker Welfare Councils, des 1925 gegründeten Dachverbandes der privaten und öffentlichen Wohltätigkeitsorganisationen der Stadt, waren im Herbst 1932 1.150.000 Arbeiter in New York City ohne Anstellung.¹⁰ Dies entsprach einem Drittel der gesamten lohnabhängigen Bevölkerung der Stadt. Im Januar 1933 war der vom New York State Department herausgegebene Beschäftigungsindex für die Stadt New York schließlich auf 56 Prozent gefallen, d.h. beinahe die Hälfte der Er-

7 Edwin G. Burrows/Mike Wallace: *Gotham. A History of New York City to 1898*, New York u.a. 1999, S.1219-1236; Elke-Vera Kotowski: *Tanz auf dem Vulkan. Die Jahre der Weimarer Republik*, in Julius H. Schoeps/Bildagentur für Kunst, Kultur und Geschichte (Hrsg.): *Berlin: Geschichte einer Stadt*, Berlin 2007, S.120.

8 Diese Zählung geht auf eine Erhebung vom 16. Juni 1933 zurück, siehe Hertha Siemering: *Deutschlands Jugend in Bevölkerung und Wirtschaft. Eine statistische Untersuchung*, Berlin 1937, S.246, Tabelle 41. Siehe auch Lotte Zumppe: *Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Berlin 1932 bis 1935 und die Maßnahmen zu ihrer Verringerung (Vom „Papen-Plan“ zum „Göring-Plan“)*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Sonderband. Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Berlins vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart*, hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1986, S.169-208, hier S.171.

9 Hier wird deutlich, dass die tatsächliche Zahl noch höher gewesen sein dürfte, da die nicht offiziell anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen in dieser Erhebung nicht auftauchen; siehe *Die Arbeitslosen und anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen in den Großstädten im Jahre 1932*, in: *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Jg. 52, Berlin 1933, S.298, Tabelle 14.

10 Siehe Nettie Pauline McGill/Ellen Nathalie Matthews: *The Youth of New York City*, New York 1940, o. S.

werbsabhängigen waren ohne oder ohne ausreichende Anstellung.¹¹ Anders als in New York galt in Berlin jedoch seit dem Jahr 1927 eine allgemeine Arbeitslosenversicherung, die durch das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) eingeführt worden war. Die Unterstützung Erwerbsloser fußte fortan auf drei Säulen sozialstaatlicher Absicherung. Zunächst erhielten diese, sofern sie die Bedingungen des AVAVG erfüllten, Mittel aus der paritätisch finanzierten und öffentlich subventionierten Arbeitslosenversicherung. Paragraph 87 der AVAVG konkretisierte diese Bedingungen wie folgt: „Anspruch auf Arbeitslosenversicherung hat, wer (1) arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos ist, (2) die Anwartschaftszeit erfüllt [...und] (3) den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung noch nicht erschöpft hat.“¹² Die Anwartschaft war erst erfüllt, wenn in den zurückliegenden 12 Monaten während mindestens 26 Wochen eine versicherungspflichtige Beschäftigung bestanden hatte. Der Anspruch war hingegen erschöpft, wenn insgesamt 26 Wochen lang Arbeitslosenunterstützung gewährt wurde.¹³ Danach fielen Erwerbslose aus der Arbeitslosen- in die für wirtschaftliche Notzeiten eingerichtete, anteilig von öffentlichen Haushalten finanzierte, zweite Säule der Erwerbslosenunterstützung. Wer nach Ablauf der Anspruchsberechtigung innerhalb dieser sogenannten Krisenunterstützung immer noch keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gefunden hatte, wurde schließlich in die kommunale Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge als dritte Säule der Arbeitslosensicherung ausgesteuert. Den Kommunen oblag also neben ihrer Verantwortung für die klassische Fürsorge gegenüber einer undurchsichtigen und moralisch aufgeladenen Gemengelage von Invaliden, Erwerbsunfähigen oder Bettlern auch weiterhin die Versorgung der aus der Krisenunterstützung ausgesteuerten Erwerbslosen.

So wie der Sozialstaat der späten Weimarer Republik geprägt war von drei Säulen der Erwerbslosenunterstützung, so können auch für das New York der frühen 1930er-Jahre drei Säulen ausgemacht werden. Während die betrieblichen Reserve Funds aber niemals mehr als einer Handvoll Arbeitern effektiven Schutz boten, waren es vor allem die privat oder kirch-

11 District Research Committee: Information Bulletin No. 3, March 24, 1933, o. Bl., Tamiment Library and Robert F. Wagner Labor Archives (im Folgenden TAM), Clarina Michelson Papers, 240, Box 3, Folder 20 (“Unemployed”), im Folgenden TAM.240.

12 Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) vom 16.07.1927, Reichsgesetzblatt, Teil 1, 22.07.1927, S.197.

13 Die Bemessungsgrundlagen verschlechterten sich jedoch aus Sicht der Leistungsbezieher im Laufe der Krisenjahre immer weiter.

lich organisierte Charity sowie die kommunale Welfare, an die sich erwerbslose New Yorker wenden konnten.¹⁴ Viele der privaten Wohlfahrts-einrichtungen brachen jedoch mit Anstieg der Arbeitslosenzahlen 1930 schlicht zusammen. Ein Bericht des Unemployment Committee's unter Bürgermeister La Guardia stellte in der Rückschau für New York fest, dass die privaten Fürsorgeorganisationen zwar unmittelbar nach Ausbruch der Krise ihre Bemühungen intensiviert und ihre Unterstützungsleistungen von 1929 bis 1932 mehr als verzehnfacht hatten, dass es jedoch mehr und mehr die öffentliche Fürsorge war, welche das Gros der Unterstützung organisierte und finanzierte.¹⁵ Im Oktober 1930 betrat die Stadt mit Einführung einer kommunal verwalteten und mit Mitteln des Staates New York und der Stadt finanzierten Erwerbslosenunterstützung sozialpolitisches Neuland. Fortan konnten Erwerbslose entweder auf eine direkte Unterstützung in Form von Food oder Rent Allowances durch das sogenannte Home Relief hoffen oder aber auf eine Aufnahme in das Work Relief, das öffentliche Notstandsarbeiten gegen Lohnersatz anbot. Doch auch dieser Schritt konnte die steigende Zahl der Bedürftigen nicht angemessen versorgen. Eine Studie der Russell Sage Foundation errechnete, dass vom Herbst 1930 bis Ende April des Folgejahres 37.531 Menschen eine solche Form des Work Relief erhielten.¹⁶ Allein in Harlem lebten jedoch laut einer Schätzung der Urban League mehr Arbeitslose, als in der ganzen Stadt in diesem Zeitraum durch Work Relief Programme erfasst waren.¹⁷ Angesichts des gewaltigen Ausmaßes der Krise des New Yorker Arbeitsmarktes machten sich nicht nur auf kommunaler, sondern auch auf staatlicher Ebene Veränderungen im Unterstützungsgefüge bemerkbar. Während die Gesetzesinitiative des New Yorker Senators Robert F. Wagner zur Unterstützung Erwerbsloser am Widerstand Präsident Hoovers scheiterte, legte New Yorks Gouverneur und späterer Nachfol-

14 Zu der Bedeutung der betrieblichen Kassen, siehe Michael B. Katz: In the shadow of the poorhouse. A social history of welfare in America, New York 1986, S.203.

15 Report of Mayor La Guardia's Committee on Unemployment Relief, New York City 1935, S.11, TAM, Printed Ephemera Collection on Subjects, PE.029, Box 17, Folder "Unemployment II".

16 Russell Sage Foundation (Hrsg.): Emergency work relief. As carried out in twenty-six American communities, 1930-1931, with suggestions for setting up a program, New York 1932, S.25.

17 National Urban League (Hrsg.): Unemployment status of negroes. A compilation of facts and figures respecting unemployment among negroes in one hundred and six cities, New York 1931, S.32.

ger Hoovers, Franklin D. Roosevelt, mit dem sogenannten Wicks Law ein Gesetz vor, das die Kommunen bei der Finanzierung ihrer Wohlfahrtsverpflichtungen gegenüber den Arbeitslosen des Staates New York unterstützen sollte. Konkret schuf das Gesetz die Grundlage für die Aufstellung einer einstweiligen Nothilfestelle, der Temporary Emergency Relief Association (TERA).¹⁸ Doch selbst 1932 konnte nur ein Bruchteil der Erwerbslosen in New York City von diesen Maßnahmen tatsächlich profitieren. Kein Wunder also, dass mehr und mehr Erwerbslose ihr Schicksal in die eigenen Hände nahmen.

Von Hungermärschen und Internationalen Erwerbslosendemonstrationen

„Zum Deibel nochmal, jetzt fehlt aber wieder die Miete, und ich habe noch keine Zeitung. Die Kinder keinen Groschen für Schulspeisung und das Gas noch nicht mitgerechnet. Selbst der billigste Knaster in der Pfeife fehlt. Ich werde einen Antrag auf Strychnin stellen, der wird wohl allen Erwerbslosen bewilligt werden, wenn wir vorher nicht die ganze Gesellschaft, die an unserem Elend schuld hat, dort hinschicken, wo sie hingehört.“¹⁹ Mit diesen Worten beschrieb ein Berliner im November 1931 den Spannungsbogen, in dem sich die Arbeitslosen der Weltwirtschaftskrise befanden: zwischen Strychnin und Mobilisierung, zwischen Verelendung und Widerstand, zwischen Selbstaufgabe und Revolution. Doch sollte der Griff zum Strychnin nicht zum letzten Ausweg werden, bedurften die Arbeitslosen der Stadt einer durchsetzungsfähigen Repräsentation oder Eigenvertretung ihrer Interessen. Während lange weder SPD noch KPD den Erwerbslosen größere Beachtung geschenkt hatten, wandelte sich die KPD spätestens mit dem Ausbruch der Krise „immer mehr von einer Arbeiter- zu einer Erwerbslosenpartei.“²⁰ Gerade in der Hauptstadt konzentrierte sich letztere in den folgenden Jahren auf die Mobilisierung der Erwerbslosen in lokalen Erwerbslosenräten und -aus-

18 Zur Bedeutung des Wicks Law siehe Franklin Folsom: *America before welfare*, New York u. a. 1991, S.257.

19 Zitiert nach Matthias Scharlt: Ein Kampf ums nackte Überleben. Volkstumulte und Pöbelexzesse als Ausdruck des Aufbegehrens in der Spätphase der Weimarer Republik, in: Manfred Gailus (Hrsg.): *Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße, 1830-1980*, Berlin 1984, S.125-168, hier S.137.

20 Siegfried Bahne: Die Erwerbslosenpolitik der KPD in der Weimarer Republik, in: Hans Mommsen/Winfried Schulze (Hrsg.): *Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung*, Stuttgart 1981, S.477-496, hier S.489.

schüssen, in denen sich der Vorsatz zur Organisierung mit dem der aktiven Selbstvertretung der Betroffenen im politischen Kampf gegen Wohlfahrtsbehörden und Vermieter verband. Laut einem internen Papier sollten lokale Erwerbslosenausschüsse durch Delegiertenwahlen „an den Stempelstellen, Nachweisen, Wohlfahrtsämtern oder Zahlstellen, in Erwerbslosen-Aufenthaltsräumen, Volks- und Wohlfahrtsküchen und in den Wohngebieten“ gebildet werden.²¹ Daneben sollten inhaltliche Kommissionen und sogenannte Erwerbslosen-Selbstschutzstaffeln gebildet werden. Deren Aufgabe war es, Erwerbslosendemonstrationen und -kundgebungen vor Übergriffen durch die SA zu schützen oder durch gemeinsames Auftreten behördliche Schikanierungen einzelner Erwerbsloser auf den Stempelstellen zu verhindern.²² Den örtlichen Erwerbslosenausschüssen waren Bezirkserwerbslosenausschüsse übergeordnet, die Delegierte für den Reichserwerbslosenausschuss und zu Reichserwerbslosenkongressen entsandten.²³ Zumindest auf dem Papier verfügte Berlin damit über eine schlagkräftige Erwerbslosenbewegung.

Ähnlich der Situation in Berlin hatten Erwerbslose in New York zunächst wenig Beachtung seitens der amerikanischen Gewerkschaften und Arbeiterparteien erfahren. Im Anschluss an den 15. Parteitag der KPdSU bemühte sich die Kommunistische Partei der USA (Communist Party USA, CPUSA) jedoch vermehrt um eine Einbindung der Erwerbslosen. Zwar hatte die CPUSA bereits in den frühen 1920er-Jahren einen ersten Anlauf unternommen, die Erwerbslosen des Landes in lokalen Unemployed Councils zu organisieren, ein spürbarer Erfolg sollte sich dabei jedoch erst ab 1929 einstellen.²⁴ Zunächst gab es keine feste Vorgabe für den Auf-

21 Rundschreiben, o. Bl., GStPK, I. HA Rep. 219 Preußisches Landeskriminalpolizeiamt, Signatur 99 („Erwerbslosenbewegung“).

22 Wie andere parteinahe Organisationen des linken Flügels sahen sich auch die organisierten Erwerbslosen Berlins seit den späten 1920er-Jahren vermehrt Übergriffen durch die SA ausgesetzt. Diese Auseinandersetzungen spitzten sich, wie etwa die Akten der Staatsanwaltschaft verdeutlichen, vor allem in den proletarischen Vierteln der Stadt zu, siehe Kuntzsch Kreuzberg u.a. (Hrsg.): Kreuzberg 1933. Ein Bezirk erinnert sich, Berlin 1983, S.50-57; Eve Rosenhaft: Organising the ‚Lumpenproletariat‘. Cliques and communists in Berlin during the Weimar Republic, in: Richard J. Evans: The German working class, 1888-1933, London 1982, S.174-219.

23 Rundschreiben, o. Bl., GStPK, I. HA Rep. 219, Signatur 99.

24 Laut Daniel J. Leab gilt der 1905 in St. Petersburg eingerichtete Erwerbslosenrat als Vorbild der Unemployed Councils in den USA. Leab legt dar, dass die amerikanische kommunistische Parteipresse in den frühen 1930 eine kurze Geschichte des Petersburger Arbeitslosenrates veröffentlichte, um so ein Organisationsmodell zur Nachahmung anzubieten. Sie-

bau von Erwerbslosenräten der mit den Berliner Kiezen vergleichbaren, jedoch zum Teil wesentlich größeren Neighborhoods New Yorks. Mal gründete ein fester Kern aktiver Kommunisten, die meist selbst arbeitslos waren, einen solchen Rat und band die erwerbslosen Sympathisanten des Blockes ein; mal ging die Gründung eines solchen Unemployed Councils aus einer gemeinsam verhinderten Zwangsräumung hervor, mal aus der Initiative eines ganzen Straßenzuges.²⁵ Laut einem internen Papier suchten in der Regel zunächst einige Organizers die Erwerbslosen in ihren Quartieren auf und ermutigten diese zur Bildung sogenannter Block Committees. Diese kleinen Nachbarschaftsgruppen wurden dann entweder in den bereits bestehenden Unemployed Council einbezogen oder sie bildeten den Nukleus eines neu entstehenden Councils.²⁶ Das Block Committee, in einigen Fällen auch das die Erwerbslosen des Wohnhauses umfassende House Committee,²⁷ stellte dabei die unterste Ebene innerhalb der lokalen Unemployed Councils dar.²⁸ Übergeordnet waren die Unemployed Councils der Boroughs, etwa die Erwerbslosenräte von Manhattan und Brooklyn, zu denen die lokalen Räte Delegierte entsandten, sowie schließlich der Unemployed Council of Greater New York.

So aufgestellt beteiligten sich die kommunistischen Parteien Deutschlands und der USA intensiv an den Vorbereitungen zu den internationalen Kampagnen gegen Erwerbslosigkeit in den frühen 1930er-Jahren. Am 6. März 1930 fand zeitgleich in mehreren Metropolen ein erster „Internationaler Arbeitslosentag“ statt.²⁹ Die Erwerbslosenbewegung Berlins hatte im Vorfeld scheinbar einen direkten Transfer von Organisationstechniken aus den USA und Großbritannien vollbracht. Dort waren bereits im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert Erwerbslose in ihre jeweiligen Hauptstädte gezogen, um vor Ort Druck auf die Legislativen der Länder- und Staatsebene auszuüben.³⁰ Und nun konnte erstmals auch das Zentral-

he Daniel J. Leab: „United we eat“. The creation and organization of the unemployed councils in the 1930s, in: *Labor History*, Jg. 8, H. 3 (1967), S.300-315, hier S.302.

25 Siehe ebenda, S.303.

26 How to Form Block Committees, o. Bl., TAM 240, Box 3, Folder 20 („Unemployed“).

27 Final Plans for March 4th Demonstration, o. Bl., ebenda.

28 „Generally, the basis of organization in the relief struggle should be the block committee.“ Resolution of enlarged district committee meeting, District #2, December 20th, 1932, S.5, ebenda.

29 Erich Auer: Der Hunger marschiert, in: *Betrieb und Gewerkschaft*, Jg. 2, H. 5 (1930), S.129-131.

30 Siehe Folsom, America; S.284-300; Alexander Keyssar: Out of work. The first century of unemployment in Massachusetts, *Interdisciplinary Perspectives on Modern History*,

organ der KPD hoffnungsvoll einen „Hungermarsch auf Berlin“ verkünden. Mehrere hundert Erwerbslose aus dem Berliner Umland hatten sich, so „Die Rote Fahne“, vor den Toren der Stadt versammelt und planten, ungeachtet des Demonstrationsverbotes in Berlin, den Einzug in die Stadt.³¹ Dementsprechend überschwänglich titelte die Zeitung am Morgen des 6. März: „Heute, am Weltkampftag der Erwerbslosen, zittert die Bourgeoisie in der alten und der neuen Welt. In Berlin Demonstrationsverbot. In Paris Demonstrationsverbot. In New York Demonstrationsverbot. Wallstreet, die Wohnungen der Morgan, Rockefeller und wie die Dollar-Multimillionäre alle heißen, stehen unter stärkster polizeilicher Bewachung.“³² Gerade New York schien dabei für die Berliner Berichterstatter von besonderem Interesse zu sein. Im mittleren Teil derselben Ausgabe titelte „Die Rote Fahne“: „New York ein bewaffnetes Heerlager“. Die Stadt an der Ostküste entpuppte sich als Zentrum im Kampf des amerikanischen Proletariats gegen Erwerbslosigkeit und Elend.³³

In der Tat waren eine große Anzahl New Yorker dem Aufruf des lokalen Unemployed Councils gefolgt. Laut dem CPUSA-Parteiorgan „Daily Worker“ beteiligten sich 110.000 Menschen an der größten Demonstration, die New York jemals gesehen habe, während die New York Times immerhin von 35.000 Demonstranten ausging.³⁴ Obwohl die New Yorker Polizei die Demonstration vor der das Rathaus beherbergenden City Hall brutal auflöste und die lokale Führung der CPUSA verhaftete, wertet Franklin Folsom die Aktion als Erfolg für die Erwerbslosen der Stadt. Die lokale Erwerbslosenbewegung habe durch den 6. März ihre Wirksamkeit für die Bündelung und Mobilisierung von Protest auf lokaler Ebene bewiesen. Das forsche Auftreten der Parteiführung habe zudem da-

Cambridge u.a. 1986, S.225-236; Matt Perry: Bread and work. The experience of unemployment 1918-39, London 2000.

31 Hungermarsch auf Berlin, in: Die Rote Fahne, 06.03.1930, S.2. Trotz besagter auffälliger Nähe zu Begrifflichkeiten, wie sie in den USA und England verwendet wurden, muss hier darauf hingewiesen werden, dass sich derartige Märsche auf die Hauptstädte weder auf den Aspekt der Erwerbslosigkeit noch auf das Lager der linken Arbeiterbewegung beschränkten. Einer der bekanntesten Märsche, der sicherlich in seiner Symbolhaftigkeit und Radikalität auch den Organisatoren des 6. März 1930 in Erinnerung geblieben sein dürfte, war freilich der Marcia su Roma aus dem Jahr 1922.

32 Weltmarsch der Hungerarmee, in: Die Rote Fahne, 06.03.1930, S.1.

33 New York ein bewaffnetes Heerlager, in: Die Rote Fahne, 06.03.1930, S.3.

34 110,000 Demonstrate in New York for Jobless Demands. Defy Police, in: The Daily Worker, 7.10.1930, S.1; 35,000 jammed in square, in: The New York Times, 07.03.1930, S.1.

zu beigetragen, dass sich in der Bevölkerung ein Gefühl verbreiten konnte, die Kommunisten hätten der grassierenden Erwerbslosigkeit inhaltlich etwas entgegenzusetzen.³⁵ Doch hier verwechselt Folsom den Erfolg der CPUSA mit dem Erfolg der bzw. Erfolge für die New Yorker Erwerbslosen. Er steht damit symptomatisch für eine allzu generalisierende Interpretation der Erwerbslosenbewegung, die den organisierten Protest in Form von Demonstrationen als Auslöser für kommunale Konzessionen sieht.³⁶ Genau dies jedoch soll hier bezweifelt werden. Aus keiner Quelle, weder den Akten der New Yorker Wohlfahrtsadministration noch des für den Haushalt verantwortlichen Ausschusses Board of Estimate, weder aus der bürgerlichen noch aus der kommunistischen Tagespresse ließe sich solch ein städtisches Entgegenkommen aufgrund der Demonstration vom 6. März 1930 ableiten. Am 7. März 1930, nur einen Tag nach den dramatischen Auseinandersetzungen vor der City Hall, kam an gleicher Stelle hinter den verschlossenen Türen des Raumes 16 der Board of Estimate der Stadt zusammen. Angesichts der angespannten Lage der Arbeitslosen New Yorks und des Erwerbslosenprotests nur einen Tag zuvor mag es erstaunen, dass die Frage der Unterstützung der Bedürftigen der Stadt nicht einmal Erwähnung in den Beratungen des Haushaltsausschusses fand. Von einer durch den Erwerbslosenprotest erzwungenen unmittelbaren Gewährung direkter Unterstützung kann, anders als Folsom annimmt, zumindest auf kommunaler Ebene keine Rede sein.³⁷ Interessanterweise kommt auch der „Daily Worker“ selbst zu einem ähnlichen Schluss. Gut eine Woche nach der gewaltsamen Auflösung des internationalen Erwerbslosentages vor der New Yorker City Hall berichtete die Zeitung, wie die auf Kautions entlassenen und ihre Verhandlung erwartenden Robert B. Minor und William Z. Foster als Delegierte der New Yorker Erwerbslosen dem Board of Estimate der Stadt ihre Forderungen überbrachten. Der spöttische Bürgermeister Walker „thronte in Mitten der Fettwänste von Stadträten und anderer, die gemeinsam den Board of Estimate and Appropriations der Stadt bilden, und verspottete die For-

35 Siehe Folsom, *America*, S.255-260.

36 Siehe z.B. Howard Zinn, *A People's History of the United States, 1492-Present*, New York u.a. 2010, S.382-385.

37 Minutes of meeting of the Board of Estimate and Apportionment held in room 16, City Hall, Friday, March 7, 1930, City Hall Library, Board of Estimate and Apportionment of the City of New York, Minutes of the Board of Estimate and Appropriation of the City of New York from February 21 to March 28, 1930, Vol. II (microfilm); Folsom, *America*, S.166.

derungen der Erwerbslosen, weit davon entfernt, auch nur ein Versprechen für Unterstützung zu geben.”³⁸ Noch deutlicher wird dies durch das Protokoll des Boards of Estimate selbst. Im Sitzungsprotokoll des Board of Estimate findet sich als letzter Eintrag der Sitzung vom 14. März 1930 folgender knapper Eintrag: “Der Sekretär reichte ein Memorandum betreffend der Situation der Erwerbslosen ein. William Z. Foster, Vertreter der kommunistischen Partei, und Robert Minor, Herausgeber des *Daily Worker*, erschienen. Die Angelegenheit wurde an das Committee of the Whole verwiesen.”³⁹ Dort versandete der Antrag schließlich ohne weitere Erwähnung, wie die Protokollbücher der folgenden Monate zeigen. Die Kommune hat sich also mitnichten durch die Demonstration der Vorwoche und die Artikulation von Forderungen dahingehend unter Druck setzen lassen, Konzessionen zu erlassen.

Auch in Berlin fiel ungeachtet des Mobilisierungserfolges am 6. März 1930, den nicht einmal die bürgerliche Presse bestritt, die spätere Analyse dieser und folgender internationaler Großdemonstrationen Erwerbsloser weitaus nüchterner aus.⁴⁰ So brachte es „Die Rote Fahne“ in ihrer Auswertung des Arbeitslosentages des Folgejahres selbst auf den Punkt: Trotz großartiger Beteiligung an Demonstrationen in Berlin habe sich nirgends eine Verbesserung für die hiesigen Erwerbslosen durchsetzen lassen. Auch weiterhin gelte: „Unterstützung gibt es nicht.“⁴¹ Doch weder in New York noch in Berlin erschöpfte sich der Protest in Großdemonstrationen und öffentlichen Forderungen der kommunistischen Parteien. Wie die folgenden Zwischenüberschriften andeuten sollen, entwickelten

38 „[...] sat enthroned in the center of fat paunched aldermen and others forming the board of estimate and appropriations of the city, and flouted the demands of the unemployed, [giving] not one promise of relief for the unemployed.” N.Y. City capitalist government rejects demands for work or wages. Unites with socialists and A.F.L. for conference with jobless committee excluded, in: *Daily Worker*, 15.03.1930, S.1.

39, “The secretary presented a memorandum [...] relative to the unemployment situation. William Z. Foster, representing the Communist Party, and Robert Minor, editor of the *Daily Worker*, appeared. The matter was referred to the Committee of the Whole.” Minutes of meeting of the Board of Estimate and Apportionment held in room 16, City Hall, Friday, March 14, 1930, S.1944, City Hall Library, Board of Estimate and Apportionment of the City of New York, Minutes of the Board of Estimate and Appropriation of the City of New York from February 21 to March 28, 1930, Vol. II (microfilm).

40 Siehe etwa die Berichterstattung der auf den 25.02.1931 folgenden Tage in „Die Rote Fahne“, „Vorwärts“ und „Vossische Zeitung“. Siehe auch Ludwig Preller: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, unv. Nachdr., Düsseldorf 1978, S.436f.

41 Unterstützung gibt es nicht, in: *Die Rote Fahne*, 26.02.1931, S.3.

die urbanen Erwerbslosenbewegungen der frühen 1930er-Jahre ein breites Protestrepertoire, das erstaunliche Parallelen zu prominenten Forderungen und Organisationsstrategien gegenwärtiger sozialer Bewegungen aufweist. Dies gilt etwa für den damals wie heute populären Ansatz, kommunale Wohlfahrtsämter zu besetzen und Leistungsbezieher zu Amtsgängen zu begleiten.

„Keiner muss allein zum Amt“⁴²

Am 21. Dezember 1932 verschafften sich, wie die Presse der deutschen Hauptstadt übereinstimmend verkündete, mehrere Gruppen von Erwerbslosen zeitgleich Zugang zu verschiedenen Berliner Rathäusern.⁴³ Während „Die Rote Fahne“ verkündete, in Lichtenberg habe die Erwerbslosengruppe ihre Forderungen nach kostenlosen Lieferungen von Kartoffeln und Kohlen dadurch erfolgreich in der Bezirksversammlung durchgesetzt, sprach die „Vossische Zeitung“ demgegenüber lediglich von einem ergebnislosen „Tumult im Lichtenberger Rathaus“.⁴⁴ Blicken wir zur Klärung der Frage, wie sich die Anwesenheit der Erwerbslosen in der Bezirksversammlung Lichtenberg auf die Gewährung von Unterstützung auswirkte, in das handschriftliche Protokoll der 26. Sitzung vom 21. Dezember 1932. Gleich zu Beginn vermerkte der Protokollant, dass „der auf 18 Uhr festgesetzte Anfang der Sitzung [...] wegen eindringender erwerbsloser Demonstranten“ verschoben werden musste.⁴⁵ Unter dem Eindruck der protestierenden Erwerbslosen stellte die Fraktion der KPD den Dringlichkeitsantrag auf kostenlose Bereitstellung von Lebensmitteln und Kohlen für die erwerbslosen Bedürftigen des Bezirks. Vergleicht man die nun folgenden Beschlussfassungen mit dem üblichen Verlauf solcher Bezirksversammlungen der frühen 1930er-Jahre in Lichtenberg oder dem

42 So etwa lautet ein Organisationsansatz, der Begleitungen für Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen organisiert, siehe Peter Nowak: Keiner muss allein zum Jobcenter. Initiative begleitet HartzIV-Empfänger und protokolliert Gespräche, in: Neues Deutschland, 25.03.2013, S.13; Magdalena Schmude: Ohne Angst aufs Arbeitsamt, in: Die Tageszeitung, 02.11.2012, URL: <http://www.taz.de/!104765/>. Zuletzt eingesehen am 27.10.2014.

43 Brot, Fleisch und Bargeld im Kampf erobert!, in: Die Rote Fahne, 22.12.1932, S.1.

44 In Lichtenberg Forderungen durchgesetzt, in: Die Rote Fahne, 22.12.1932, S.1; Tumult im Lichtenberger Rathaus, in: Vossische Zeitung (Morgen-Ausgabe), 22.12.1932, S.2.

45 Protokollbuch für die Bezirksversammlung Lichtenberg, 26. Sitzung, S.188, Landesarchiv Berlin, A Rep. 047-08 Bezirksamt Lichtenberg, Nr. 72, im Folgenden LAB A Rep. 047-08, Nr. 72.

angrenzenden Treptow, so sticht ein wesentlicher Unterschied ins Auge. Die kommunistische Fraktion Treptows stellte etwa im Laufe des Jahres 1931 immer wieder Anträge zum Gewähren von Winterhilfen oder anderen Unterstützungsmaßnahmen für die Erwerbslosen des Bezirks. Sobald diese Anträge zur Verhandlung kamen, schlug entweder der SPD-Fraktionsvorsitzende Becker vor, „zur Tagesordnung überzugehen“ – was die Bezirksversammlung dann in der Regel auch tat – oder die SPD-Fraktion brachte einen abgeschwächten Änderungsantrag ein, der dann verhandelt wurde.⁴⁶ Hier lassen sich zwei Dinge beobachten. Zum einen zeigt sich hier an unzähligen Beispielen im Kleinen das Dilemma, dem sich die SPD in den letzten Jahren der Republik auch in den Landes- und Reichsparlamenten ausgesetzt sah. So mag sie zwar zusammen mit bürgerlichen Fraktionen Anträge der KPD verhindert haben, andererseits gab sie letzterer damit aber die Gelegenheit, dieses Verhalten als arbeiterfeindlich anzuprangern und der SPD so das Wasser abzugraben. Zum anderen aber zeigt sich hier auch, dass die Erwerbslosen sich nicht auf eine Berücksichtigung ihrer Interessen im parlamentarischen Prozess allein verlassen konnten. Dies schien aber gerade dann zu gelingen, wenn Anträge der KPD durch die massive Präsenz der Erwerbslosen unterstützt wurden. Dies zeigt das Beispiel der Bezirksversammlung Lichtenberg eindringlich. Während Anträge auf Unterstützung – wie erwähnt – sonst ohne weitere Beratung abgelehnt oder aufgeweicht wurden, vollzog sich am 21. Dezember 1932 in der Bezirksversammlung Lichtenberg geradezu das Gegenteil: „Gleichfalls einstimmig angenommen wurde folgender, von der Fraktion KPD gestellter Dringlichkeitsantrag: das Bezirksamt wird beauftragt, vom Magistrat die sofortige Durchführung der in der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen unentgeltlichen Kartoffel- und Kohlenlieferung“ durchzusetzen.⁴⁷

Derartige Formen des direkten Erwerbslosenprotests waren auch im New York der Weltwirtschaftskrise keine Seltenheit. Und auch hier gibt es Grund zu der Annahme, dass der Widerstand dann Erfolg haben konnte,

46 Siehe z.B. das Protokollbuch über die Sitzung der Bezirksversammlung Treptow am Mittwoch, dem 4. Februar 1931, Bd. 1, Landesarchiv Berlin, A Rep. 045-08 Bezirksamt Treptow, Nr. 9.

47 LAB A Rep. 047-08, Nr. 72, S.191. Trotz dieser Einstimmigkeit endete die Sitzung schließlich im Tumult zwischen SPD und KPD über eine Anfrage bezüglich des Lichtenberger Fuhrparks und musste vom anwesenden Bürgermeister vorzeitig geschlossen werden, siehe ebenda, S.192. Hierauf bezieht sich wohl auch obige Meldung der Vossischen Zeitung.

wenn er sich auf das Durchsetzen von konkreten und unmittelbaren Forderungen an die unteren städtischen Gremien oder Verwaltungsbehörden – hier die lokalen Wohlfahrtsämter – konzentrierte. So verschafften sich in New York immer wieder große Gruppen Erwerbsloser aus der Nachbarschaft Zugang zu einem der lokalen Wohlfahrtsbüro, das sie dann so lange besetzt hielten, bis ihre Forderungen zu ihrer Zufriedenheit geregelt worden waren.⁴⁸ Gegenüber der Sozialwissenschaftlerin Helen Seymour gab ein Erwerbsloser zu bedenken, dass er drei Wochen vergeblich darauf gewartet hatte, in die Listen der kommunalen Erwerbslosenunterstützung aufgenommen zu werden. Allein die physische Präsenz einer Gruppe von Erwerbslosen und deren unnachgiebige Einforderung zur Aufnahme des Betroffenen in die kommunale Erwerbslosenunterstützung hatten nun jedoch bewirkt, dass die Angelegenheit nach 15 Minuten zu dessen Gunsten geregelt war.⁴⁹ Neben solchen Begleitungen Erwerbsloser zu Amtsgängen machte die New Yorker Arbeitslosenbewegung der frühen 1930er-Jahre in einer weiteren öffentlichkeitswirksamen Protestform auf ihre Belange aufmerksam.

„Zwangsräumungen gemeinsam verhindern“⁵⁰

Einem Bericht des städtischen District Research Committee's vom 24. März 1933 zufolge war die Zahl der durchgesetzten Räumungen in New York von 1928 bis 1932 um 200 Prozent gestiegen, mit einer Gesamtzahl von gut 600.000 Räumungen für die Jahre 1930, 1931 und 1932.⁵¹ Doch immer seltener verliefen Räumungen von erwerbslosen New Yorkern ohne Gegenwehr. Am Morgen des 22. Januar 1932 etwa fanden sich mehr als 4.000 Menschen aus der gesamten Nachbarschaft in der Bronx zusammen, von denen sich über 500 aktiv der Räumung von 17 meist erwerbslosen Familien widersetzen. Letztere befanden sich in einem Mieterstreik,

48 Folsom, America, S.271.

49 Helen Seymour: The organized unemployed. A dissertation submitted to the faculty of the Division of Social Sciences, University of Chicago 1937, S.58.

50 Auch hier zeigen sich deutliche Parallelen zu heutigen Bewegungen wie etwa der gleichnamigen Kampagne, siehe Erik Peter: Aktivist über Zwangsräumungen: „15 Räumungen haben wir verhindert“. Das Bündnis „Zwangsräumungen verhindern“ versucht seit zwei Jahren genau das, in: Die Tageszeitung, 16.04.2014, URL: <http://www.taz.de/!136838/>, zuletzt eingesehen am 15.09.2014.

51 District Research Committee: Information Bulletin No.3, March 24, 1933, o. Bl., TAM 240, Box 3, Folder 30 (“Unemployed”).

um eine Minderung der Mieten durchzusetzen. Nach etlichen Stunden der gewalttätigen Auseinandersetzung konnte eine Einigung erzielt werden. Zwar konnte eine Mieterhöhung wohl nicht verhindert, die Aussetzung der angekündigten Räumung jedoch erreicht werden.⁵² Die örtlichen Unemployed Councils taten sich bei der Verhinderung von Zwangsräumungen in besonderer Weise hervor. Der Unemployed Council von East Harlem etwa ließ in der Nachbarschaft Flugblätter verteilen, auf denen zum gemeinsamen Widerstand gegen die Räumung eines Erwerbslosen aufgerufen wurde, der aufgrund fehlender Unterstützung seine Miete nicht mehr zahlen konnte. Nur die ungeteilte Solidarität mit der bedrohten Familie könne die Räumung verhindern. Um dies zu erreichen, mobilisierte der Unemployed Council die Erwerbslosen des Viertels am Morgen des 16. Januar um 07:30 Uhr vor das Haus des Betroffenen in der 102. Straße, wo sie sich gemeinsam der angekündigten Räumung widersetzen.⁵³

In Berlin waren Mieterstreiks und die Verhinderung von Zwangsräumungen ebenfalls zentrale Protestformen der lokalen Erwerbslosenbewegung. So konnten im Dezember 1932 Mieterinnen der Kreuzberger Eisenbahnstraße eine zwanzigprozentige Senkung der Grundmiete für Erwerbslose sowie eine Zurücknahme von Räumungsaufforderungen erwirken.⁵⁴ „Die Rote Fahne“ berichtet von einem anderen Fall. „Gestern“, so die Zeitung, „kam es in Berlin wieder zu einer großen Kundgebung gegen die Exmittierung eines Erwerbslosen. [...Erwerbslose aus der Nachbarschaft, d. A.] sammelten sich in der Wohnung. Andere Gruppen gingen auf die Höfe und teilten in Sprechchören den Bewohnern die bevorstehende Exmittierung mit. Die Wirkung war überraschend. In wenigen Minuten war es um das Haus Schliemannstraße 45 schwarz vor Menschen. Ununterbrochen wurden Protestrufe eingebracht. Die Erregung steigerte sich, als um 10 Uhr der Gerichtsvollzieher eintraf. Er begann nicht mit der Exmittierung, sondern begab sich zum Hauswart. [...] Nach wenigen Minuten tauchte der Gerichtsvollzieher wieder auf. Er ging fort, Bergmann mit seiner Familie konnte in der Wohnung bleiben.“⁵⁵ Dass solche Formen des Protests direkten Erfolg für die Betroffenen darstellten, wurde auch aus der bürgerlichen Presse Berlins deutlich. So warnte etwa die „Vossische Zeitung“ Kapitalanleger und Investoren eindringlich in ihrer Beilage

52 Reds battle police in rent strike, in: The New York Times, 23.01.1932, S.4.

53 District Research Committee, Information Bulletin No.3, March 24, 1933, o. Bl., TAM 240, Box 3, Folder 20 („Unemployed“).

54 Siehe Kunstamt Kreuzberg u. a. (Hrsg.): Kreuzberg, S.20.

55 Zitiert nach Schartl, Kampf, S.139f.

„Geldverkehr, Hypotheken und Grundstücke“: „Schon bilden sich überall kommunistische Zellen, die Mieterstreiks und Sabotage von Zwangsräumungen organisieren.“⁵⁶

Diese schlaglichtartigen Einblicke in die Erwerbslosenproteste Berlins und New Yorks während der frühen 1930er-Jahre zeigen, dass sich Widerstand dann erfolgreich durchsetzen ließ, wenn er als unmittelbare oder flankierende Aktion die niederen städtischen Verwaltungsbehörden oder lokalen Volksvertretungen adressierte. Während Massendemonstrationen oder die Überbringung von Forderungen an obere kommunale Exekutivorgane zwar Propagandaerfolge dargestellt haben dürften, war es in Berlin wie in New York gerade jene untere Ebene, die aufgrund ihres verwaltungsrechtlichen Aufbaus anfällig für Formen des direkten, außerparlamentarischen Widerstands war. Denn gerade hier waren Ermessensspielräume gegeben, die von den Sachbearbeitern der Behörden individuell auszufüllen waren. Die zuvor verweigerte und nun unter Druck des versammelten Unemployed Councils zügig erreichte Aufnahme eines Erwerbslosen in die kommunale Wohlfahrtsunterstützung ist etwa als deutlicher Erfolg eines kollektiven Auftretens zu verstehen. Allein die physische Präsenz sollte sich dabei häufig als Schlüssel für einen erfolgreichen Widerstand bewähren. So sorgte freilich auch das von den Erwerbslosen ausgehende Gefährdungspotenzial immer dort, wo polizeilicher Schutz nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung stand, für einen erfolgreichen Widerstand – etwa indem Gerichtsvollzieher, öffentlich beauftragte Möbelspediteure oder Angestellte der lokalen Wohlfahrtsbehörden unmittelbar unter Druck gesetzt wurden und diese sich, die konkrete Gefährdung abwägend, gegen Räumung entschieden. Die Erfahrungen erwerbsloser Berlinerinnen und New Yorkerinnen der frühen 1930er-Jahre stützen damit jenen Teil der These Pivens und Clowards, der hier untersucht werden sollte. Gleichzeitig weisen sie auf frappierende Ähnlichkeiten mit prominenten sozialen Bewegungen der Gegenwart hin. Vor dem Hintergrund fragiler oder fehlender Sozialstaatlichkeit und angespannter städtischer Haushalte scheint diese Form des direkten und auf physischer Präsenz basierenden Protests in besonderem Maße erfolversprechend für die PPM von gestern und heute.

56 Die Zukunft des Wohnungsbaues, in: Vossische Zeitung, Beilage, 04.12.1932, S.1.